

Erscheint täglich außer Sonntags.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhoff (A 7) 292-297

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonparillezeile
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37 636. — Der Verlag behält sich das
Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

Der Wechsel in England

Das neue Kabinett: Lord Reading Außenminister

London, 25. August.

Verschiedene Morgenblätter veröffentlichen Mutmaßungen über die Verteilung der Ämter im neuen Kabinett. Sie glauben, daß jede der drei Parteien durch ungefähr vier Minister vertreten sein werde. Die Liste „Daily Herald“ lautet: Arbeiterpartei: Premierminister Macdonald, Schatzkanzler Snowden, Staatssekretär für die Dominionen Thomas, Lordkanzler Lord Sankey; Konservativ: Lordgeheimfiegelbewahrer Baldwin, Präsident des Geheimen Staatsrats Lord Halifax, Kriegsminister Sir Samuel Hoare, Arbeitsminister Neville Chamberlain; Liberale: Staatssekretär des Innern Lord Reading, Minister des Innern Sir Herbert Samuel.

Diese Kabinettsliste umfaßt nur zehn Mitglieder, während die bisherige Regierung zwanzig Minister zählte. Der als Außenminister genannte Lord Reading hieß ursprünglich Brutus Daniel Isaacs. 1860 als Sohn eines Kaufmanns geboren, ging er in London, Brüssel und Hannover zur Schule, wurde mit 14 Jahren Schiffsjunge und kam als Seemann um die halbe Welt. Später lernte er bei einem Londoner Rechtsanwalt, ließ sich als Anwalt nieder und wurde nach erfolgreicher Praxis 1904 als liberaler Abgeordneter ins Parlament gewählt. 1910 wurde er in der Liberalen Regierung Generalstaatsanwalt und 1913 Lord Oberichter und Mitglied des Oberhauses. Während des Krieges leitete er Finanzverhandlungen mit Amerika; 1921 bis 1926 war er ein erfolgreicher Bizekönig von Indien; er brachte eine Verfassungsreform durch, die einen ersten Schritt zur Selbstverwaltung Indiens darstellt. Lord Reading ist Aufsichtsratsvorsitzender der Zeitungsgruppe, die den „New Chronicle“ im Besitz hat; 1929 übernahm er den Vorsitz der englischen Gruppe der Deutsch-Englischen Gesellschaft.

Regierung nur für den Augenblick.

London, 25. August.

Das neue Drei-Parteien-Kabinett hat, obwohl es noch nicht endgültig konstituiert ist, eine programmatische Erklärung über seine Politik veröffentlicht. Nachdem eingangs ausgeführt wird, daß die Verhandlungen über die Aufstellung der Ministerliste bereits gute Fortschritte gemacht hätten, heißt es weiter, der besondere Zweck, zu dem die neue Regierung gebildet werde, bestehe darin, die augenblickliche nationale Krise zu überwinden. Die neue Regierung wird keine Koalitionsregierung im gewöhnlichen Sinne des Wortes sein, sondern eine Regierung der Kooperation zu dem einzigen Zweck, die nationale Krise zu überwinden. Wenn dieser Zweck erreicht worden ist, werden die politischen Parteien ihre alte Stellung wieder einnehmen. Um ohne Verzug den Haushaltsausgleich in Angriff zu nehmen, wird erwartet, daß das Parlament am 8. September einberufen wird, um dem Unterhaus Vorschläge für eine große Ausgabenbeschränkung und die Erschließung weiterer Mittel zum Budgetausgleich auf der Grundlage einer gleichen Lastenverteilung zu unterbreiten. Da der Handel und das Wohlergehen nicht nur der englischen Nation, sondern eines großen Teiles der zivilisierten Welt auf dem wohlbegründeten Vertrauen in die Sterlingwährung aufgebaut sind und auf ihr beruhen, wird die englische Regierung alle von ihr als erforderlich erachteten Schritte unternehmen, um die Aufrechterhaltung eines unverminderten Vertrauens zu rechtfertigen.

Der konservative Parteiführer Baldwin hat der Presse eine längere Erklärung übergeben, in der er die Haltung der Konservativen in und zu der neuen Regierung eingehend darlegt. Die Regierung der drei Parteien ist nach seinen Ausführungen deshalb gebildet worden, weil die Abhaltung von Neuwahlen im gegenwärtigen Augenblick verhängnisvoll gewesen wäre und die jetzige Krise nur durch die Zusammenarbeit aller Parteien überwunden werden könne. Nach Durchführung ihrer Aufgabe des Haushaltsausgleichs werde die Regierung das Parlament, sobald dies die äußeren Umstände erlauben, auflösen und Neuwahlen anordnen.

Macdonald wird wahrscheinlich im Laufe des heutigen Vormittags dem König die vollständige Ministerliste seines Kabinetts unterbreiten. Davon anschließend wird auch bereits heute eine besondere Sitzung des geheimen Rats im Buckingham-Palast stattfinden, in der die neuen Regierungsmitglieder den Eid ablegen werden. Man betrachtet es als sicher, daß die neue Regierung eine zehnprozentige Kürzung der Arbeitslosenunterstützung vorschlagen wird.

Waffenschmuggel nach China

Die Folge: Konflikt mit einer China-Regierung

London, 25. August.

Wie der „Daily Herald“ meldet, hat die Nanjing-Regierung am Montag den deutschen Dampfer „R. C. Rickmers“ (5198 Tonnen) mit einer Waffenladung im Werte von mehr als 4 Millionen Reichsmark beschlagnahmt.

Die Ladung habe aus zwei Flugzeugen, 600 Maschinengewehren und einer großen Menge Munition bestanden. Während die Nanjing-Regierung erklärt, die Waffenladung sei für Kanton bestimmt gewesen, äußert die revolutionäre Kanton-Regierung den Verdacht, daß die Dampferladung der Nanjing-Regierung in die Hände gespielt worden sei. Außerdem beschuldigt die Kanton-Regierung Deutschland nicht nur, daß es große Munitionsmengen an Nanjing liefere, sondern auch, daß es ihr mehr als 100 militärische Ratgeber zur Bekämpfung Kantons zur Verfügung gestellt habe, die die Nanjing-Truppen im Gaskampfe unterrichteten. Aus diesem Grunde hat die Kanton-Regierung einen Boykott deutscher Waren in Süchina erklärt.

Neuer meldet dazu aus Kanton: Auf einer Massensammlung, die hier von der örtlichen Kuomintang abgehalten wurde, wurde die Entschliebung gefaßt, deutsche Waren zu boykottieren. Zur Durchführung dieses Beschlusses wurde ein besonderer Ausschuß eingesetzt. Als unmittelbare Ursache dieser unfreundlichen Haltung Kantons gegen Deutschland wird die angebliche Sendung von Waffen und Munition im Werte von 8 Millionen Dollar an Tschiangkai-schek angegeben. Deutschland wird ferner beschuldigt, die Zentralregierung in Nanjing durch Entsendung von über 100 „militärischen Ratgebern“ zu unterstützen, die, wie in der Versammlung erklärt wurde, beauftragt seien, die Armee der Nanjing-Regierung im Gebrauch von Giftgas im Kampfe gegen die Regierung von Kanton zu unterweisen.

Von unterrichteter Seite wird dazu erklärt:

Das Vorgehen der Rickmers-Linie ist an sich legal, da das Befehl, das die Waffeneinfuhr nach China verbietet, aufgehoben worden ist. Auf Einspruch der Nanjing-Regierung hat die Reichsregierung versucht, bei der Rickmers-Linie zu intervenieren, um sie zu einer Umleitung des Dampfers zu bewegen. Auch der Hamburger und der Bremer Senat sind bei der Linie vorstellig

geworden. Die Rickmers-Linie hat jedoch jede Einmischung in die Angelegenheit auf das entschiedenste abgelehnt, ohne sich darum zu kümmern, welcher großen Schaden sie mit ihrer Waffenlieferung dem deutschen Handel in China zufügt. Die Waffen, die in Schweden, anscheinend in nichtdeutschem Auftrage, verladen worden sind, stammen nicht aus Deutschland, sondern aus der Tschechoslowakei.

Uns erscheint es höchste Zeit zu sein, daß geschäftlich gegen den Transport von Waffen auf deutschen Schiffen eingeschritten wird. Schon mehrfach haben derartige Transporte die Stellung Deutschlands zu China und den Abfall seiner Ware schwer geschädigt. Bei der jetzigen Rechtslage, die die Herstellung von Kriegswaffen in Deutschland für Handelszwecke unterbindet, fließen die Herstellungsgewinne nicht an deutsche, sondern ausländische Rüstungsfabriken. Während diese lachend die wohl riesigen Profite einstecken, fällt das Odium auf das deutsche Volk: weil eine einzelne deutsche Schiffahrtlinie auf ihren Profit aus dem Blutgeschäft nicht verzichtet.

Der Vorfall ist ein Beispiel dafür, wie Patriotismus oder auch nur die Rücksicht auf den Gesamtstand eines Landes in dem Augenblicke verschwinden, wo ein einzelner einen Profit an dem Waffentransport machen kann. Darüber hinaus aber wäre es wohl kaum wegen dieser Waffenlieferung zu einer Boykottbewegung in China gekommen, wenn nicht sich eine größere Zahl ehemaliger deutscher Offiziere in China der einen Regierung gegen die andere zur Verfügung gestellt hätten. Billeicht macht sich das deutsche Bürgerium einmal klar, wie der Export deutscher Landsknechte Deutschlands Stellung in der Welt diskreditiert und damit seine Ausfuhr und Arbeiterchaft schädigt.

Der Verleumder gestellt . . .

Er gesteht: Nicht die Spur eines Beweises!

Meiningen, 25. August. (Eigenbericht.)

Heute hatte sich vor dem Schöffengericht der nationalsozialistische Studienrat Hille aus Hildburghausen wegen Verleumdung der Genossen Crispian und Dittmann zu verantworten. Er hatte ihnen in einer Versammlung in Gleichamberg am 10. Juni 1930 vorgeworfen, sie hätten während des Weltkrieges in enger Beziehung zu französischen Offizierspionen gestanden. In dem Naziblatt „Kreisbeobachter für die Kreise Sonneberg und Hildburghausen“ hatte Hille noch am 1. August 1931 in starken Tönen gepöhl:

„Endlich kommt der Haupttag, nachdem monatelang schon die roten Blätter meine Kapitulation vor den roten Führern ihren Schöpfen vorgeschwatzt haben.“

Vor Gericht war Hille, der unter Beistand seines Parteigenossen Rechtsanwält Franz H. München erschienen war, merkwaardig kleinlaut und erklärte sich auf die erste Frage des Vorsitzenden, ob ein Vergleich möglich sei, ohne weiteres zur Abgabe einer Ehrenerklärung bereit. Die Genossen Crispian und Dittmann entschieden sich, aus Mitleid mit Hille, der sich wehrlos verlegt ist (verschüttet), auf Bestrafung Verzicht zu leisten. Herr Hille gab folgende Erklärung ab:

„Es wird mir zur Last gelegt, in einer Versammlung in Gleichamberg am 10. Juni 1930 den Abgeordneten Crispian und Dittmann nachgesagt zu haben, daß sie mit französischen Offizierspionen in enger Beziehung gestanden haben. Ich muß zugeben, daß ich für die Verleumdung keinerlei Anhalt habe und nehme sie mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.“

Hille verpflichtete sich weiter, diese Erklärung binnen zwei Wochen im „Hildburghäuser Kreisblatt“ und der „Vorzeitung“ zu veröffentlichen. Er versprach weiter auch die wörtliche Bekanntheit seiner Erklärung in dem nationalsozialistischen „Kreisbeobachter für Sonneberg und Hildburghausen“, außerdem übernahm er

Die Ideenlosen



Die „neuen“ Wege der Industrie zur Behebung der Wirtschaftskrise.

